

Michelsen, Claus; Clemens, Marius; Hanisch, Max; Junker, Simon; Pagenhardt, Laura

Article

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturmotor springt an, aber Unwucht im Getriebe

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus; Clemens, Marius; Hanisch, Max; Junker, Simon; Pagenhardt, Laura (2021) : Deutsche Wirtschaft: Konjunkturmotor springt an, aber Unwucht im Getriebe, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 88, Iss. 23/24, pp. 400-410, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-23-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/235740>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturmotor springt an, aber Unwucht im Getriebe

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Laura Pagenhardt

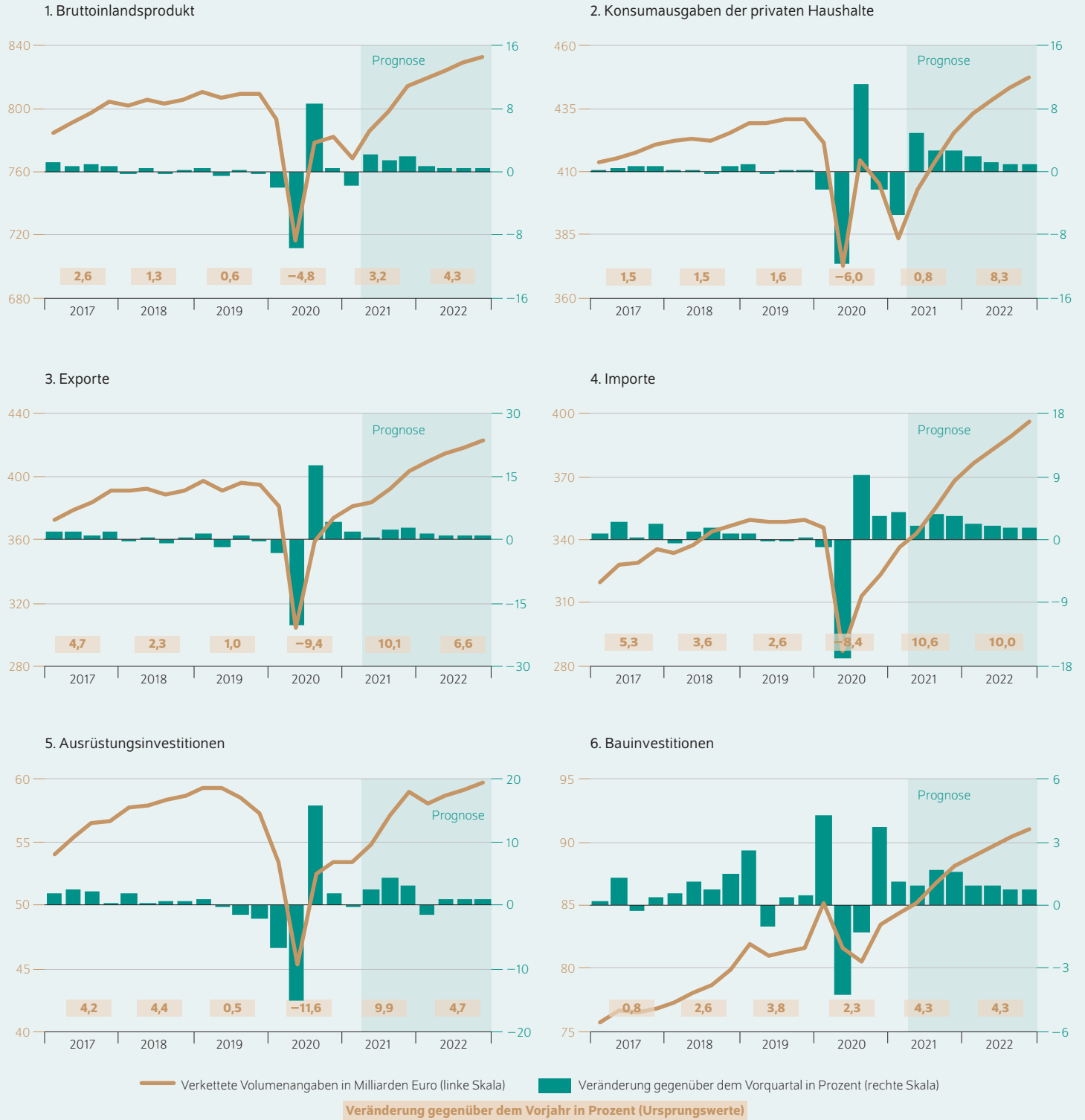
ABSTRACT

Nach langen coronabedingten Lockdowns erwacht die deutsche Wirtschaft nach und nach aus ihrem Winterschlaf. Da immer mehr Menschen geimpft sind und die Infektionszahlen fallen, können viele Branchen wieder auf einen normaleren Geschäftsbetrieb hoffen, allen voran die gebeutelten Dienstleistungsfirmen etwa in der Kultur- und Veranstaltungsbranche und die Reiseveranstalter. Die Industrie, die besser durch die vergangenen Monate kam als während des ersten Lockdowns im Vorjahr, wird hingegen durch die sich zuspitzende Rohstoffknappheit gebremst. Dennoch ist mit 3,2 Prozent für dieses und 4,3 Prozent für nächstes Jahr ein etwas höheres Wachstum der hiesigen Wirtschaftsleistung zu erwarten als noch im Frühjahr. Die Prognose ist aber nach wie vor mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Ein erneut aufflammendes Infektionsgeschehen könnte genauso zu Rückschlägen führen wie eine massive Insolvenzwelle. Es könnte aber auch besser laufen, wenn die Infektionszahlen niedrig bleiben und der private Konsum schneller und nachhaltiger auf Touren kommt als gedacht.

Nach dem Abflachen der dritten Corona-Infektionswelle begibt sich die deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs. Die von den Lockdowns betroffenen Bereiche fahren ihren Betrieb wieder hoch und die kräftige Weltkonjunktur führt zu einer regen Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“. Die Wirtschaft hat die Geschäftsschließungen und Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens in den vergangenen Monaten besser verkraftet als den Lockdown während der ersten Corona-Welle. Das liegt vor allem daran, dass die Industrie ihre Produktion aufrechterhalten konnte. Bei sinkenden Infektionszahlen und mit fortschreitenden Impfungen wird auch im Sommer dieses Jahres in vielen Dienstleistungsbranchen mehr und mehr Aktivität möglich sein und damit eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Diese dürfte allerdings zäher verlaufen als die rasante Aufholjagd im vergangenen Jahr: Nach wie vor sind in Deutschland nicht ausreichend viele Menschen geimpft, sodass durch die aktuellen Öffnungen – anders als im vergangenen Sommer – erneut steigende Infektionszahlen zu erwarten sind und folglich zumindest regional Lockerungen wieder zurückgenommen werden müssen. Zu erwarten ist daher bis Ende des Sommers ein Stop-and-Go aus Öffnungen und Einschränkungen. Dennoch wird das Bruttoinlandsprodukt im weiteren Jahresverlauf mit kräftigen Raten zulegen (Abbildung 1). Gleichwohl bleibt die Wirtschaft trotz eines Wachstums von 3,2 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 1) weiterhin noch merklich unterausgelastet (Abbildung 2). Erst im kommenden Jahr wird, bei einem jahresdurchschnittlichen Plus von 4,3 Prozent, die Normalauslastung erreicht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Krise nachhaltigen Schaden hinterlässt: So drücken etwa unterlassene Investitionen, fehlende Innovationen und Gründungen, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der (Aus-)Bildung sowie die Aufgabe von Betrieben, die erst nach und nach ersetzt werden können, das Potenzial um fast zwei Prozent unter das Niveau, das noch vor der Krise zu erwarten war (Abbildung 3).

Abbildung 1

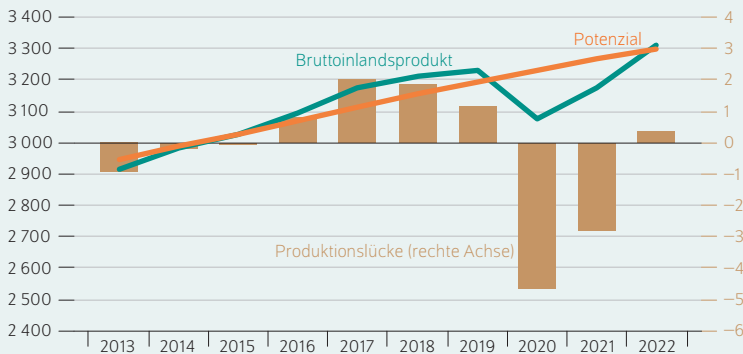
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2021. Prognose ab dem zweiten Quartal 2021.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke
In Milliarden Euro bzw. Prozent des Potenzials



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Coronabedingt liegt das Bruttoinlandsprodukt deutlich unter seinem Potenzial.

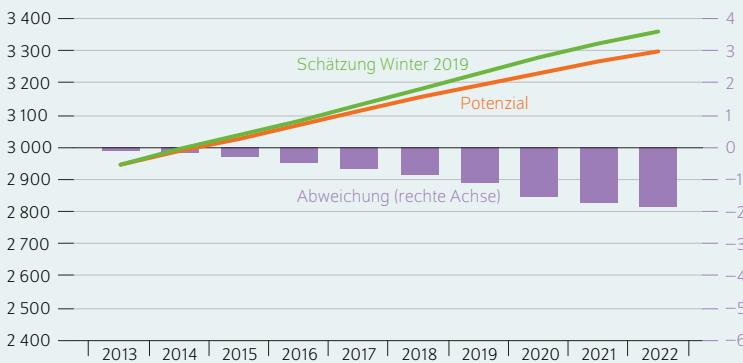
länger in Kraft waren und teilweise noch sind als im vergangenen Jahr. Mit fortschreitenden Impfungen kommt eine Rückkehr zur Normalität in greifbare Nähe, wenngleich Öffnungsschritte wohl wieder mit steigenden Inzidenzen einhergehen dürften. Zumindest regional steht dies vorerst einem vollständigen Verzicht auf viele Maßnahmen des Infektionsschutzes entgegen. Unterstellt wird für die vorliegende Prognose, dass die Inzidenzzahlen (erst) ab dem Spätsommer dauerhaft so niedrig gehalten werden können, dass alle Branchen wieder zu einem regulären Betrieb zurückkehren (Kasten 1). Ausgegangen wird zudem davon, dass die Kapazitäten in der Dienstleistungsbranche – trotz deutlich steigender Insolvenzen – in etwa erhalten bleiben oder zumindest schnell wieder aufgebaut werden können.

In der **Industrie** setzt sich indes der Aufwärtstrend unter erschwerten Bedingungen fort. Im Vergleich zur DIW-Konjunkturprognose aus dem Frühjahr ist mit einer verzögerten Dynamik zu rechnen. Obwohl die Nachfrage kräftig bleibt, war die Produktion zuletzt etwas gedämpft (Kasten 2). Immer mehr Produzenten bekommen Knappheiten auf den internationalen Rohstoffmärkten zu spüren. Weltweit hat die Krise das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage aus dem Takt gebracht. Einer rasant anziehenden Weltkonjunktur steht vorerst noch ein eingeschränktes Angebot an Rohstoffen und wichtigen Vorleistungsgütern gegenüber. Dies liegt wohl an Verwerfungen durch die Krise: Nicht zuletzt bedingt durch die stark rückläufige Nachfrage sowie hohe Infektionszahlen wurden in vielen Ländern im vergangenen Jahr die Förderaktivitäten eingeschränkt und Produktionen zurückgefahren. Hinzu kommen die längerfristigen Auswirkungen von Störfällen, beispielsweise den Waldbränden in Kalifornien und der Havarie im Suez-Kanal. Dies dürfte die Produktion hierzulande für einige Zeit hemmen (Abbildung 4). Unterstellt wird, dass das globale Angebot an Vorleistungsgütern bis in den Spätsommer wieder in ausreichendem Maße hochgefahren wird. Die deutsche Industrie wird dann ihre Stärken ausspielen und die zuvor ausgefallene Produktion zumindest weitgehend nachholen. Die industrielle Wertschöpfung wird alles in allem zunächst verhalten ausfallen, dafür aber im zweiten Halbjahr umso dynamischer ausgeweitet werden (Tabelle 2).

Abbildung 3

Aktuelle Schätzung des Produktionspotenzials im Vergleich zum Winter 2019

In Milliarden Euro, Abweichung in Prozent des Potenzials



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Corona-Krise reißt dauerhafte Lücken in das Produktionspotenzial.

Für die **DienstleisterInnen** zeichnet sich eine etwas günstigere Entwicklung ab als in der Frühjahrsprognose¹ erwartet wurde. Viele Betriebe, die von den Lockdowns betroffen sind, haben sich offenbar erfolgreich auf einen Geschäftsbetrieb unter Pandemiebedingungen eingestellt. Selbst stark eingeschränkte Bereiche, etwa das Gastgewerbe, haben im Auftaktquartal mehr zur Wirtschaftsleistung beigetragen als während der ersten Corona-Welle, obwohl die Maßnahmen

Die **Auslandsnachfrage** boomt im Fahrwasser internationaler Konjunkturprogramme. Insbesondere in China und den USA schiebt die Hochkonjunktur die Nachfrage nach deutschen Produkten, insbesondere Fahrzeugen, an. Stärker als zuletzt erwartet entwickelt sich auch die Nachfrage aus dem Euroraum. Gleichzeitig spiegeln die **Warenexporte** wohl die derzeitigen Produktionshemmnisse und dürften erst im späteren Jahresverlauf auf Hochtouren kommen (Abbildung 5). Nichtsdestotrotz übersteigen sie voraussichtlich bereits im zweiten Quartal dieses Jahres ihr Vorkrisenniveau. Die Einnahmen aus dem internationalen Dienstleistungsgeschäft dagegen dürften auch nach der Pandemie von den Nachwirkungen geprägt sein. Obwohl viele Geschäftsreisen auch zukünftig unverzichtbar bleiben dürften, haben sich in den vergangenen anderthalb Jahren Bereiche herauskristallisiert, die auch künftig digital bestritten werden

¹ Vgl. Claus Michelsen et al. (2021): Deutsche Wirtschaft zwischen Lockdown und Normalität: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2021. DIW Wochenbericht Nr. 11, 190–208 (online verfügbar; abgerufen am 11. Juni 2021).

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,6	1,3	0,6	-4,8	3,2	4,3
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	44 262	44 868	45 269	44 818	44 741	45 084
Erwerbslose, ILO	1 621	1 468	1 373	1 846	1 901	1 631
Arbeitslose, BA	2 533	2 340	2 267	2 695	2 666	2 327
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,8	3,4	3,2	4,2	4,3	3,7
Arbeitslosenquote, BA ²	5,7	5,2	5,0	5,9	5,8	5,1
Verbraucherpreise ³	1,5	1,8	1,4	0,5	2,7	1,8
Lohnstückkosten ⁴	1,1	2,8	3,2	4,2	0,2	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	44,4	61,6	52,5	-149,2	-160,7	-79,4
in Prozent des BIP	1,4	1,8	1,5	-4,5	-4,5	-2,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,9	7,5	7,0	6,6	5,4

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Sommergrundlinien 2021; Prognose ab 2021.

© DIW Berlin 2021

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-2,2	-11,5	11,2	-2,3	-5,4	5,0	2,8	2,7	1,9	1,2	1,0	1,0
Öffentliche Konsumausgaben	1,1	1,3	1,0	0,1	0,2	0,3	0,5	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	-6,7	3,7	2,5	0,3	1,4	2,3	1,9	0,2	0,9	0,8	0,8
Bauten	4,3	-4,3	-1,3	3,7	1,1	0,9	1,7	1,6	0,9	0,9	0,8	0,7
Ausrüstungen	-6,8	-15,1	15,9	1,9	-0,2	2,6	4,3	3,2	-1,4	1,1	0,9	0,9
Sonstige Investitionen	-2,5	0,2	0,9	0,1	-1,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	0,1	-0,1	-1,9	0,5	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	-7,6	5,1	-0,2	-1,3	3,0	2,2	2,0	1,1	0,9	0,8	0,8
Außenbeitrag ¹	-1,1	-2,4	3,8	0,7	-0,6	-0,5	-0,4	0,0	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2
Export	-3,3	-20,4	17,9	4,4	1,8	0,6	2,2	3,1	1,4	1,2	1,1	1,1
Import	-1,1	-16,9	9,2	3,3	3,8	1,9	3,7	3,4	2,3	1,9	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,7	0,5	-1,8	2,3	1,6	1,9	0,7	0,6	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	-1,6	-10,3	8,3	0,5	-0,8	2,3	1,6	1,9	0,7	0,6	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-3,6	-18,6	14,4	6,6	0,4	-0,5	2,0	3,1	1,3	0,9	0,8	0,8
Baugewerbe	4,1	-3,0	-3,0	9,1	-4,9	1,6	1,7	1,5	0,9	0,8	0,8	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,1	-14,0	13,7	-2,3	-3,2	5,3	2,8	3,0	0,7	0,7	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-1,8	-11,1	4,6	1,4	0,0	1,1	1,5	2,2	0,7	0,7	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-1,4	-7,6	9,7	-3,9	-0,3	3,9	1,0	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2021, Prognose ab dem zweitem Quartal 2021.

© DIW Berlin 2021

Kasten 1

Annahmen zum Pandemieverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung während der Pandemie ist an den Infektionsverlauf gekoppelt. Bereits im Frühjahr zeichnete sich ab, dass der gerade überwundenen zweiten Welle eine dritte folgen würde – auch wegen der zunehmenden Verbreitung von Mutationen. Tatsächlich ging die Inzidenz wie damals unterstellt in die Höhe, konnte aber nicht so rasch eingedämmt werden, wie auf Grundlage der politischen Beschlüsse von Anfang März zu erwarten gewesen war. Erst zum Zeitpunkt der Einführung der Bundesnotbremse sind die Zahlen gesunken – dann aber in etwa so wie unterstellt. Entsprechend wurde der für Mitte Mai erwartete niedrige Wert erst Anfang Juni erreicht. Anders als im Frühjahr

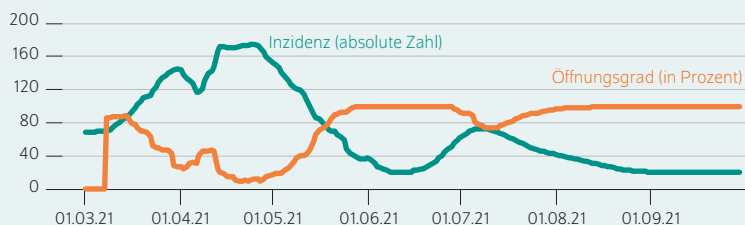
unterstellt, ist mit den mittlerweile eingesetzten Öffnungen aber noch kein Wiederaufflammen des Infektionsgeschehens einhergegangen. Für die vorliegende Prognose wird dies aber unterstellt, wenngleich der vorübergehende Wiederanstieg der Inzidenzzahlen bis Mitte Juli verglichen mit den vorigen Wellen moderat ausfällt (Abbildung) und auch von einer raschen Eindämmung ausgegangen wird.

Die bundesweit annahmegemäß bis etwa Mitte Juli steigenden Inzidenzen dürften, wie in den vergangenen Monaten, sehr unterschiedlichen Inzidenzniveaus in den 412 einzelnen Kreisen entsprechen. Angenommen wird, dass sich ausgehend von den aktuellen Werten die Inzidenz in allen Kreisen proportional zum Bundesdurchschnitt entwickelt. Damit bleiben die Fallzahlen in derzeit stärker betroffenen Kreisen im Vergleich höher und umgekehrt.

Für alle Kreise werden die so fortgeschriebenen Inzidenzen gemäß der März-Beschlüsse sowie der Bundesnotbremse in die von der Politik vorgegebenen Öffnungsstufen übertragen. Damit liegen für jeden Tag – betrachtet wird hier das gesamte Sommerhalbjahr – Informationen auf Ebene der Kreise darüber vor, welche Bereiche noch eingeschränkt sind. Auf dieser Grundlage können für betroffene Wirtschaftszweige relevante Öffnungsstufen betrachtet und mit dem Bevölkerungsanteil, für den diese Stufe annahmegemäß möglich ist, in Relation gesetzt werden. Beispielsweise sind Freizeitveranstaltungen im Außenbereich erst zugelassen, wenn die Inzidenzzahlen für mindestens einen Monat stabil unter 50 liegen. Bei dem hier unterstellten Inzidenzverlauf dürfte dies in der zweiten Julihälfte nur für etwa ein Viertel der Kreise der Fall sein, im August werden dann mehr und mehr hinzukommen.

Abbildung

Inzidenz und Öffnungsgrad



1 Öffnungsgrad gemessen als Bevölkerungsanteil, der annahmegemäß in einem Kreis ansässig ist, welcher einen der Öffnungsschritte vornehmen kann. Diese Schritte basieren auf den Beschlüssen der MPK vom 3. März und erfordern – zeitlich gestaffelt – eine stabil niedrige Inzidenz von unter 50 bzw. 100. Annahmen zum Inzidenzverlauf ab 9. Juni (Datenstand: 8. Juni).

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Der Anstieg der Inzidenzen im Frühsommer drosselt das Öffnungstempo.

können. Entsprechend langsam erholen sich Geschäftsreisen nach Deutschland. Umso stärker dürfte sich kurzfristig die inländische Reiseaktivität entwickeln.

Die Corona-Krise hat den **Arbeitsmarkt** im Zuge der Lockdowns spürbar belastet. Wie auch im Frühjahr 2020 begegneten die Unternehmen der eingeschränkten Geschäftstätigkeit vor allem durch den Einsatz von **Kurzarbeit**: Die Zahl der Kurzarbeitenden stieg um den Jahreswechsel auf fast 3,3 Millionen im Februar, stärker als es sich im Rahmen der Frühjahrsprognose noch andeutete. Im März sank sie aber bereits deutlich um 663 000 Personen. Die ebenfalls abflachende Zahl der Anmeldungen von Kurzarbeit spricht dafür, dass diese im Folgenden mehr und mehr abgebaut wird. Im Jahresdurchschnitt dürften 2021 rund 1,7 Millionen Menschen auf Kurzarbeit angewiesen sein – nach 2,8 Millionen im Jahr 2020. Im Herbst sollen die pandemiebedingten Sonderregelungen auslaufen. Im kommenden Jahr schmilzt die Kurzarbeit auf das üblicherweise geringere Niveau. Der Jahresdurchschnitt liegt dann bei 0,2 Millionen KurzarbeiterInnen. Die Rücknahme der Kurzarbeit trägt damit einen

guten Teil zum Arbeitseinsatz bei, der zur merklichen Ausweitung der Wertschöpfung in den verbleibenden Quartalen dieses Jahres erforderlich ist.

Aber auch die Zahl der **Erwerbstätigen** dürfte mit der Aussicht auf ein baldiges Ende der Pandemie nun kräftiger ausgeweitet werden (Tabelle 3). Bislang konnte sie sich kaum vom Einbruch des vergangenen Frühjahrs erholen. Zwar steigt die Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich, allerdings nur in einzelnen Branchen (Abbildung 6). So stellen etwa die Baubranche sowie der öffentliche Bereich und der Gesundheitssektor aktuell in erheblichem Umfang ein; im verarbeitenden Gewerbe, ebenso wie in den von der Krise besonders betroffenen Branchen wie dem Handel, Gastgewerbe und den sonstigen Dienstleistern (beispielsweise FriseurInnen und ArbeitnehmerInnen im Kunst-, Sport- oder Veranstaltungsbereich), war die Beschäftigung dagegen zuletzt rückläufig. Dazu kommen weiterhin stark sinkende Zahlen bei den Selbstständigen. Die Zahl der MinijobberInnen ist im Zuge des neuerlichen Lockdowns gar unter den Tiefstand des vergangenen Jahres

gefallen und wird im Folgenden wohl nur verhalten zunehmen. Aufgrund dieser Dynamik dürfte die Beschäftigung im ersten Halbjahr auf dem Niveau des zweiten Halbjahrs 2020 stagnieren und im Jahresdurchschnitt sogar um 76 000 Personen geringer ausfallen als im Vorjahr. Dank der kräftigen Dynamik im weiteren Verlauf wird die Zahl der Erwerbstätigen jedoch im kommenden Jahr um 340 000 Personen steigen. Die **Arbeitslosigkeit** sinkt dieses Jahr entsprechend verhalten, auf 5,8 Prozent, baut sich im Durchschnitt des kommenden Jahres aber deutlich ab, auf dann 5,1 Prozent.

Der **Lohnauftrieb** konnte bis zuletzt annähernd an den soliden Anstieg vor der Krise anknüpfen und überstieg die tariflich vereinbarten Zuwächse, die unter dem Eindruck der Krise verhaltener ausfielen, merklich. Aufgrund der in vielen Bereichen langen Tarifaufzeiten wird sich diese Zurückhaltung insbesondere im diesjährigen Tarifanstieg bemerkbar machen (Tabelle 4). Die Lohndrift, also der rechnerische Aufschlag auf die Tarifabschlüsse, dürfte auch in diesem Jahr positiv bleiben, wenn auch nicht so deutlich wie im vergangenen Jahr. Dazu dürfte beigetragen haben, dass insbesondere geringfügig Beschäftigte ihren Job verloren haben – und damit überwiegend ArbeitnehmerInnen aus der Berechnung herausgefallen sind, die unterdurchschnittlich entlohnt werden. Dies wird sich mit der erneuten Ausweitung der Minijobs zwar wieder umkehren, angesichts der kurzfristig relativ kräftigeren Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aber nur zu einem Teil. Damit werden die je Stunde entrichteten Löhne in diesem Jahr deutlich, um über zweieinhalb Prozent, und im kommenden Jahr um knapp zwei Prozent zulegen. Je Beschäftigten fallen die Lohnzuwächse in beiden Jahren zwar erheblich kräftiger aus, dies liegt aber an der Rücknahme der Kurzarbeit: ArbeitnehmerInnen, die wieder ihre reguläre Arbeitszeit leisten, bekommen statt des (geringeren) Kurzarbeitergeldes auch wieder ihren Lohn.

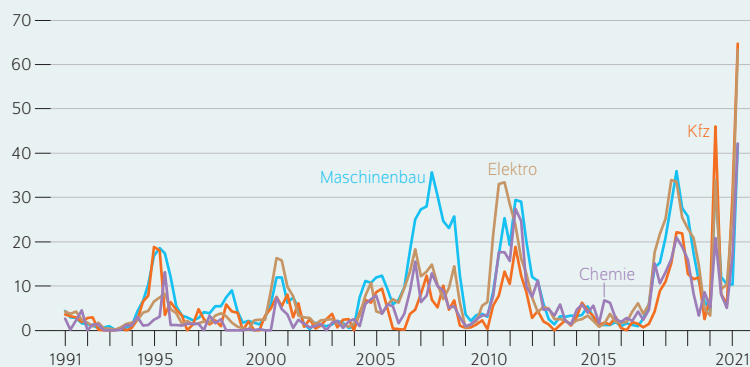
Die **Inflation** bleibt über den gesamten Prognosezeitraum betrachtet moderat. Dieses Jahr fällt sie mit gut zweieinhalb Prozent allerdings deutlich überdurchschnittlich aus. Bereits im Frühjahr zeichnete sich eine hohe Inflation ab, denn die Absenkung der Mehrwertsteuer im vergangenen Jahr wurde zum Jahresbeginn zurückgenommen. Besonders wird sich dies bemerkbar machen, wenn ab Juli die Preise zu aktuellen Steuersätzen mit den niedrigeren des vergangenen Jahres verglichen werden. Hinzu kommt, dass sich im Zuge der weltweit aufhellenden Konjunktur der Ölpreis erholt hat. Deswegen übersteigen die Energiepreise die Vorjahreswerte deutlich – zuletzt mit zweistelligen Zuwächsen sogar mehr als bislang erwartet. Auch deswegen lag die Teuerung im Mai mit 2,5 Prozent schon recht hoch, die Kernrate – die Teuerung ohne die Energiepreise – ist aber mit gut anderthalb Prozent deutlich moderater.

Zu einer höheren Teuerung tragen nunmehr weitere, wenn auch vorübergehende externe Faktoren bei: Jüngst haben sich Rohstoffe und viele Vorleistungsgüter rasant verteuert. Neben Engpässen wie der Blockade des Suez-Kanals dürfte dies auf die boomenden Wirtschaften insbesondere

Abbildung 4

Materialknappheit

Anteil betroffener Unternehmen in Prozent



Quelle: ifo Institut.

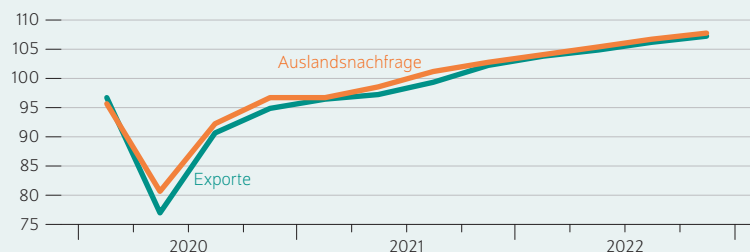
© DIW Berlin 2021

Material ist branchenübergreifend knapp wie nie – das hemmt die Produktion.

Abbildung 5

Reale Exporte und Auslandsnachfrage

Index, 4. Quartal 2019 = 100



Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Exporte können vorübergehend nicht mit der kräftigen Nachfrage mithalten.

in China und den USA zurückzuführen sein. Die Erzeugerpreise sind in diesem Zuge in die Höhe geschossen – im April lagen sie bereits um gut fünf Prozent höher als ein Jahr zuvor, und Umfragen signalisieren weitere Anstiege, die sich im weiteren Verlauf auch zum Teil in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen dürften. Alles zusammen genommen wird die Inflation ab Sommer vorübergehend über drei – im Schlussquartal sogar über dreieinhalb – Prozent liegen; für das Gesamtjahr 2021 ergibt sich eine Inflation von 2,7 Prozent. Unter der Annahme, dass die starken Anstiege bei den Rohstoffpreisen im Sommer abebben – die Ölpreise dürften annahmegemäß sogar leicht sinken – lässt die Inflation im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent nach. Dabei ist die erneute Anhebung der CO₂-Abgabe berücksichtigt, für

Kasten 2

Prognosemodelle

Konjunkturprognosen stützen sich auf eine Vielzahl an Indikatoren, wie etwa Umsatzzahlen oder Verbraucherumfragen. Diese bieten eine Fülle von Informationen über die aktuelle Entwicklung, die mittels ökonomischer Methoden mit den vorhergesagten Größen in Beziehung gesetzt werden. In normalen Zeiten bietet dieses Vorgehen eine gute Orientierung, in außergewöhnlichen Zeiten wie der Corona-Krise können sie aber nur grobe Anhaltspunkte liefern (Abbildung). Nichtsdestotrotz sind sie nützlich, um die Vielzahl vorliegender Daten strukturiert auszuwerten.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im nahezu abgelaufenen zweiten Quartal um kräftige 2,3 Prozent zugelegt haben. Diese Erholung wird vor allem von den Dienstleistungsbranchen getrieben, deren Geschäftstätigkeit sich im Zuge der Öffnungsschritte wieder normalisiert. So hat sich etwa die Stimmung bei den Dienstleistern zuletzt deutlich aufgehellt. Die Industrie dagegen ist mit einem leichten Rücksetzer in das Quartal gestartet: Die Produktion lag im April 0,8 Prozent niedriger als im Auftaktquartal. Vor allem die Kfz-Industrie hat hierzu beigetragen – dort fehlen wohl nach wie vor Halbleiter –, aber auch branchenübergreifend hemmt die weltweite Verknappung von Vorleistungsgütern wohl vorübergehend die Aktivität. Die Modelle deuten zwar auf einen merklichen Anstieg beim Bruttoinlandsprodukt hin, sie dürften aber wie in der Vergangenheit vor allem von der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe beeinflusst sein und damit der Erholung bei den Dienstleistern nicht genügend Rechnung tragen.

Für den privaten Verbrauch zeigen sich ähnliche Probleme: Die Modelle weisen auf eine kräftige Erholung hin, dürften aber die Erholung etwa im Gastgewerbe nicht hinreichend einbeziehen. Indikatoren zum Einzelhandelsumsatz, der mittlerweile nur noch ein gutes Viertel des Verbrauchs umfasst, fallen hingegen stärker ins Gewicht – und hier gab es im April einen deftigen Rücksetzer. Demnach lagen die Einzelhandelsumsätze zum Quartalsauftakt nur noch knapp über dem Niveau des ersten Vierteljahres, das Geschäftsklima hat sich aber bis Mai mehr und mehr aufgehellt. Auch die Kfz-HändlerInnen – die sich zum Jahresbeginn einer Nachfrageflaute gegenübersehen, immerhin wurden viele

Kfz-Käufe wegen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung im vergangenen Jahr vorgezogen – berichteten jüngst wieder von kräftig anziehenden Umsätzen. Alles in allem dürfte der Konsum der privaten Haushalte im zweiten Quartal merklich ausgeweitet worden sein.

Die Exporte profitieren von der anziehenden Weltkonjunktur. Jüngst sind die realen Warenausfuhren zwar geringfügig gesunken, die üppigen Auftragspolster – gerade auch im Auslandsgeschäft – signalisieren aber eine Fortsetzung des Aufwärtstrends. Die Importe sind im April deutlich gesunken, vor allem aber wohl, weil die rasanten Preisanstiege die Nachfrage nach Vorleistungen gedämpft haben. Die Ausgaben für Urlaubsreisen ins Ausland schwanken angesichts der unklaren Infektionslage noch deutlich – das im März verzeichnete kräftige Plus von 6,5 Prozent spricht aber dafür, dass mehr Reisen getätigt werden, wenn es mit Blick auf die Pandemie umsetzbar scheint.

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften merklich ausgeweitet werden – allerdings nicht mit einem zweistelligen Plus, wie es das Faktormodell signalisiert. Die Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern hat sich zwar spürbar verbessert, die Produktion im Maschinenbau lag im April fast zweieinhalb Prozent im Plus und die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat ihren langjährigen Durchschnitt zuletzt deutlich überschritten. Mit den inländischen Investitionsgüterumsätzen lag der wichtigste Indikator allerdings im April zwei Prozent niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals.

Die Bauinvestitionen dürften nur verhalten zulegen. Die Produktion im Baugewerbe war im ersten Quartal deutlich gesunken. Anders als die Wertschöpfung im Baugewerbe sind die Investitionen aber nicht eingebrochen. Entsprechend dürfte das Aufholen der Produktion in diesem Quartal nicht mit ebenso kräftigen Zuwächsen bei den Investitionen einhergehen. Zwar signalisieren die Umfragen weiterhin Zuwächse, die Aufträge im Wohnungsbau sind aber zuletzt deutlich gesunken. Dies dürfte nicht zuletzt mit den jüngsten Preisanstiegen zusammenhängen, die jedoch annahmefolgt nur vorübergehend belasten.

die nach aktueller Beschlusslage ein Einmaleffekt auf die Inflation von zwei Zehntel Prozentpunkten zu erwarten ist.²

Die Einschränkungen wirtschaftlicher Aktivitäten, die soziale Kontakte voraussetzen, gehen naturgemäß mit einer Beschneidung des **privaten Konsums** einher. Zwar gab es auch Umlenkungseffekte – so wurden etwa Restaurantbesuche durch Lebensmittelkäufe ersetzt, der Online-Handel profitierte von den Schließungen im klassischen Einzelhandel – unterm Strich ist der Konsum jedoch im Zuge der Lockdowns deutlich eingebrochen. Dabei nicht verausgabte finanzielle Mittel wurden gespart, vor allem die Bargeldreserven

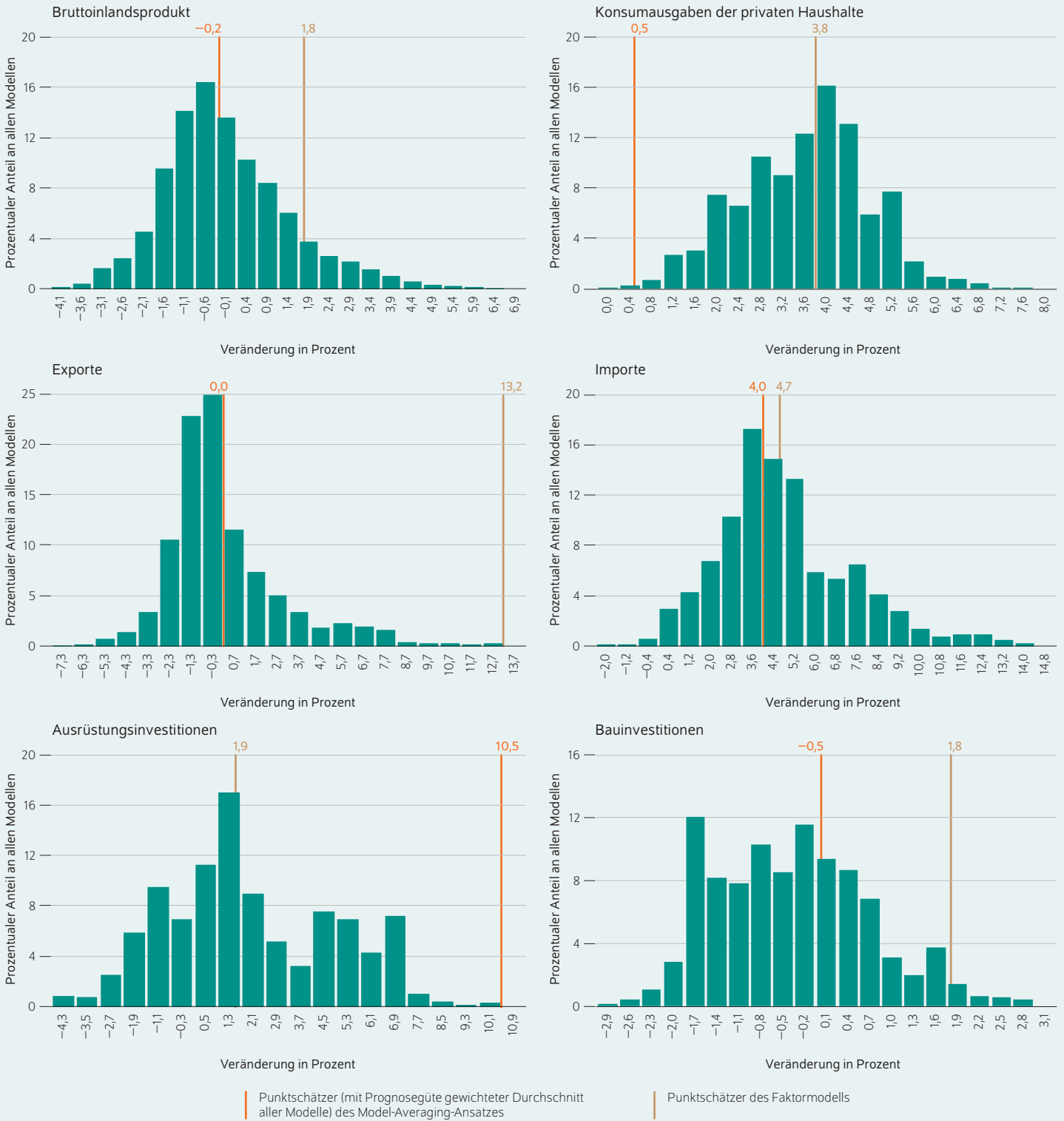
sind in die Höhe geschossen. Bereits im vergangenen Jahr hat sich gezeigt, dass die Rücknahme der Lockdown-Maßnahmen von einem hochschnellenden Konsum begleitet wird. So werden die Raten wohl auch in diesem Sommer kräftig ausfallen.

Die Löhne steigen in den Jahren 2021 und 2022 in der Summe kräftig – um jeweils knapp fünf Prozent. Vor dem Hintergrund geringer Zuwächse bei der Lohnsteuer legt die Lohnsumme netto besonders in diesem Jahr dynamisch zu. Zwar steigen die monetären Sozialleistungen aufgrund der sinkenden Bedeutung des Kurzarbeitergeldes und der geringen Rentensteigerung in diesem Jahr kaum, die Masseneinkommen legen unterm Strich aber kräftig zu. Verhaltener

² Vgl. Deutsche Bundesbank (2020): Monatsbericht Juni 2020, 27, Fußnote 13.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2018	2019	2020	2021	2022
Erwerbstätige im Inland	44,87	45,27	44,82	44,74	45,08
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,22	4,15	4,01	3,86	3,77
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32,99	33,54	33,58	33,90	34,26
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,86	1,88	1,90	1,92	1,94
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (MinijobberInnen)	4,67	4,57	4,27	4,07	4,15
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	1,12	1,12	1,05	1,00	0,97
+/- PendlerInnen, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,14	-0,15	-0,11	-0,10	-0,10
Erwerbstätige InländerInnen	44,73	45,12	44,71	44,64	44,98
Erwerbslose	1,47	1,37	1,85	1,90	1,63
Erwerbspersonen	46,20	46,50	46,56	46,54	46,61
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,34	2,27	2,70	2,67	2,33
Arbeitslosenquote BA ¹ – Prozent	5,2	5,0	5,9	5,8	5,1
Arbeitslosenquote SGB ² – Prozent	6,6	6,3	7,4	7,3	6,4
Erwerbslosenquote VGR ³ – Prozent	3,2	3,0	4,0	4,1	3,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent	3,4	3,2	4,2	4,3	3,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	41,7	42,2	42,3	42,3	42,7

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

		2020	2021	2022
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,5	-0,5	-0,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,2	0,3	0,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	-0,5	-0,2	-0,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,14	1,21	1,21
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	1,5	1,8
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	41,8	67,4	66,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	36,6	55,7	54,9

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

dürften währenddessen die Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen steigen, hier ist jedoch schon für das kommende Jahr wieder mit einem kräftigeren Auftrieb zu rechnen. Insgesamt ergeben sich für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für dieses wie auch für nächstes Jahr spürbare Zuwächse von je vier Prozent. Zudem dürften die Haushalte ihre Ersparnisbildung wieder normalisieren. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich sinkt

die Sparquote im laufenden Jahr auf 16,1 Prozent. Damit ist sie kaum geringer als im vergangenen Jahr – aber nur, weil sie zu Jahresbeginn auf 20,1 Prozent angeschwollen war. Das entspricht knapp dem Rekordniveau vom zweiten Quartal des vergangenen Jahres. Im Verlauf dürfte sie deutlich sinken und im Durchschnitt des kommenden Jahres mit knapp elf Prozent wieder die Vorkrisenquote erreichen. In der Summe steigen die nominalen Konsumausgaben kräftig, vor allem im Jahr 2022. Dieses Jahr wird ein Teil hiervon durch die höhere Teuerung aufgezehrt – real legt der private Konsum nur um knapp ein Prozent zu. Im kommenden Jahr wird er das Vorkrisenniveau dann aber wohl wieder übertreffen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** zeigten sich im ersten Quartal trotz des anhaltenden Lockdowns stabil. Während die diesbezüglichen Ausgaben der öffentlichen Hand um etwa sechs Prozent gesunken sind, legten die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen der Unternehmen leicht zu. Die rasche Erholung der Weltkonjunktur ebenso wie die Fortschritte bei der Pandemiebekämpfung im Inland sorgen auch weiterhin für eine sich aufhellende Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern. Die hohe Kapazitätsauslastung in der Industrie, die üppigen Auftragspolster und die anhaltend kräftige Auslandsnachfrage, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau, schieben die Investitionen im weiteren Prognoseverlauf kräftiger an als noch im Frühjahr prognostiziert. Dieses Jahr dürften die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls Impulse liefern: Investitionsvorhaben aus den Klima- und Zukunftspaketen werden teils schon im Jahresverlauf umgesetzt. Insgesamt wird das Vorkrisenniveau bereits in der ersten Jahreshälfte 2022 wieder erreicht. Die Knappheit wichtiger Rohstoffe sowie Lieferengpässe verhindern dabei vor allem im zweiten Quartal noch deutlichere Zuwächse, besonders in der Automobilindustrie; im dritten Quartal kann aber ein Teil hiervon nachgeholt werden.

Die **Bauinvestitionen** sind besser in das laufende Jahr gestartet als der hauptsächlich witterungsbedingte Produktionseinbruch zu Jahresbeginn vermuten ließ; ein enormer Produktionsanstieg im März (plus 18 Prozent gegenüber Februar), vor allem im Bauhauptgewerbe, konnte die Verluste aus den Vormonaten kompensieren. Der Wirtschaftsbau und hier insbesondere der gewerbliche Tiefbau trugen verstärkt zu dieser Entwicklung bei. Gegenüber der Frühjahrsprognose ist für den weiteren Prognoseverlauf in allen Baupartnern mit einer schwächeren Dynamik zu rechnen. Vorübergehend dürfte vor allem die weltweite Knappheit an wichtigen Baustoffen wie Holz und Stahl die Bauwirtschaft ausbremsen. In der ifo-Konjunkturumfrage klagten im Mai knapp 40 Prozent der Bauunternehmen über Materialmangel. Darüber hinaus gingen auch die Auftragseingänge in allen Sparten nach dem starken Wachstum der vergangenen Monate zuletzt etwas zurück. So schlägt sich die nach wie vor angespannte Kassenlage einiger Kommunen weiterhin in Zurückhaltung bei den öffentlichen Bauinvestitionen nieder, die erst im Jahresverlauf mit zunehmender gesamtwirtschaftlicher Erholung und somit steigenden Steuereinnahmen an Fahrt aufnehmen dürften. Auch der

Tabelle 5

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	2,3	1,8	3,9	62
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	2,5	1,5	3,3	60
2020	46,9	23,1	18,2	51,3	0,7	2,8	-4,5	2,9	70
2021	45,7	22,7	17,7	50,2	0,6	2,7	-4,5	2,6	72
2022	45,4	22,7	17,5	47,5	0,5	2,7	-2,1	2,3	69

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

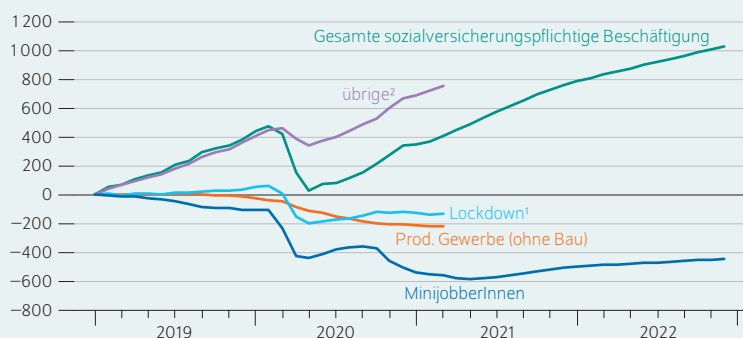
Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2021.

Wirtschaftsbau zeigt sich trotz optimistischem Jahresbeginn noch von Unsicherheit gezeichnet. Der ungebrochen hohe Bedarf an Wohnraum wirkt derweil weiterhin stabilisierend: Im Wohnungsbau erreichte das Volumen der neu erteilten Baugenehmigungen im März die höchste Zahl seit 15 Jahren. Die knappheitsbedingt stark gestiegenen Materialkosten fachen die ohnehin starke Preisentwicklung zusätzlich an. So stiegen beispielsweise die Preise für Holz und Stahl zwischen Dezember 2020 und April 2021 um etwa ein Viertel. Zwar können Bauunternehmen diese Anstiege nur teilweise an die BauherrInnen weiterreichen; nichtdestotrotz ist – auch wegen der Rückkehr zum alten Mehrwertsteuersatz – im Sommer mit einer sehr dynamischen Preisentwicklung in allen Bausparten, insbesondere im Wohnungsbau, zu rechnen.

Die **Importe** haben merklich angezogen. Obwohl die weltweite Rohstoffknappheit im Sommerhalbjahr die Preise in die Höhe schnellen lässt und die Importnachfrage etwas dämpfen dürfte, ist mit einer Fortsetzung dieses Aufwärtstrends zu rechnen. So erholt sich einerseits die heimische Nachfrage sichtlich, während die anziehende Exporttätigkeit Einfuhren von Vorleistungen erhöht. Zusätzlich dürfte insbesondere die Reisetätigkeit mit dem Eindämmen der Pandemie kräftig anziehen: Die Menschen haben in den vergangenen anderthalb Jahren größtenteils auf Urlaub verzichtet und dürften diesen nun nachholen. Viele werden kurzfristig innerhalb Deutschlands verreisen; andere dürften, sobald dies möglich ist, auch wieder Urlaubsreisen ins Ausland unternehmen. Bereits in den vergangenen Quartalen konnten sich die Dienstleistungseinfuhren merklich erholen, sobald die Pandemielage dies zuließ. Der Saldo der **Leistungsbilanz** schmilzt dabei bis 2022 auf 5,4 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung ab. In diesem Jahr tragen dabei nicht nur die real kräftig steigenden Importe bei, sondern auch die rasanten Preisanstiege der Einfuhren. Die **Terms-of-Trade** fallen aufgrund dieser ungewöhnlich hohen Teuerung um über ein Prozent. Es zeichnet sich zwar ab, dass diese höheren Kosten weitergegeben werden, aber nur

Abbildung 6

Entwicklung nach Beschäftigungsformen
Differenz zu Januar 2019 in Tausend Personen



1 Ausgewählte, vom Lockdown betroffene Branchen: Handel/Verkehr/Gastgewerbe, Zeitarbeit, sonstige Dienstleister

2 Öffentliche Dienstleister/Erziehung/Gesundheit, Bau, alle übrigen Branchen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIW Sommergrundlinien 2021.

Der Beschäftigungsaufbau wird von einigen Branchen getragen.

zu einem Teil: Sie münden in etwas höheren Ausführpreisen. Teils dürften – etwas verzögert – davon auch die Verbraucherpreise angefacht werden. Auch spiegeln sie sich bereits in höheren Preisen bei den Bauinvestitionen wider. Unterm Strich engen die steigenden Rohstoffpreise die Margen der Produzenten in diesem Jahr wohl ein.

Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten im Zuge der Lockdowns haben auch die **öffentlichen Finanzen** belastet. Sie führten zu verminderten Steuereinnahmen und erheblichen Mehrausgaben, sodass das gesamtstaatliche Defizit allein im ersten Quartal 2021 etwa 42 Milliarden Euro betrug. Auf das ganze Jahr gerechnet dürfte das Defizit bei knapp 161 Milliarden Euro liegen. In den kommenden Monaten wird sich die wiederanspringende Konjunktur

positiv in der Steuerkasse und bei den Sozialbeitragseinnahmen bemerkbar machen. Insbesondere die Umsatzsteuer-einnahmen dürften dann wieder deutlich höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Dies liegt zum einen an der Rückführung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes, zum anderen an der zu erwartenden höheren Konsumtätigkeit der privaten Haushalte. Dass sie nicht noch stärker steigen, liegt an der Verlängerung der ermäßigten Mehrwertsteuer für Speisen bis Ende 2022. In der Summe steigen die **gesamtstaatlichen Einnahmen** in diesem und im nächsten Jahr um dreieinhalb beziehungsweise knapp fünfseinhalb Prozent.

Das Ausgabenniveau dürfte weiterhin hoch bleiben. Die Impf- und Teststrategie erhöht den Staatskonsum merklich, insgesamt wird er in diesem Jahr um rund 4,5 Prozent steigen. Die Soforthilfemaßnahmen, unter anderem die Überbrückungshilfe, machen im ersten Quartal rund 25 Milliarden Euro aus, wobei rund 15 Milliarden Euro noch aus den November- und Dezemberhilfen resultieren. Dadurch dürfte das Subventionsvolumen trotz des hohen Vorjahresniveaus nur leicht zurückgehen, ehe es dann zwar im nächsten Jahr um 33 Prozent sinkt, aber weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt. Ähnliches gilt für die **geleisteten Vermögenstransfers**, die sich infolge des Konjunkturprogramms weiterhin recht dynamisch entwickeln. Mit zehn beziehungsweise fünf Milliarden Euro dürfte ein Großteil der im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms beschlossenen Investitionszuschüsse in diesem und nächstem Jahr abfließen. Auch die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften nicht zuletzt durch das Zukunftspaket in diesem Jahr recht hoch ausfallen. Die Investitionsdynamik des Jahres 2022 hängt im Wesentlichen vom Ausgang der Bundestagswahl ab – und inwiefern die neue Bundesregierung gewillt ist, dem vorgezeichneten Modernisierungs- und Transformationspfad zu folgen.

Insgesamt dürften die öffentlichen **Ausgaben**, trotz des hohen Niveaus vom vergangenen Jahr, auch dieses Jahr nochmals zunehmen. Bei einem Zuwachs um knapp vier Prozent

werden sie zu dem gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit von knapp 161 Milliarden Euro beitragen. Auch für das nächste Jahr ist mit einem deutlichen Defizit in Höhe von gut 79 Milliarden Euro zu rechnen. Der **Bruttoschuldenstand** des Gesamtstaates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2020 bei knapp 70 Prozent (Tabelle 5). In diesem und im nächsten Jahr dürfte er unter Annahme zusätzlicher Kredite und Beteiligungen von 20 Milliarden Euro auf rund 72 Prozent ansteigen und im Jahr 2022 auf 69 Prozent sinken.

Solange die Pandemie nicht gebannt ist, unterliegt diese Prognose wie alle Konjunkturvorhersagen einer deutlich größeren Unsicherheit als ohnehin üblich. Vieles hängt vom Infektionsverlauf und den politischen Reaktionen hierauf ab. Ein naheliegenderes Risiko ist ein ungünstigerer Verlauf der Inzidenzen als hier unterstellt – selbst bei unveränderter politischer Beschlusslage kann dies die Wirtschaft empfindlich dämpfen; noch schärfere Gegenmaßnahmen – etwa zugunsten einer rascheren Eindämmung – können zu erneuten Rücksetzern der ökonomischen Aktivität führen. Gerade im Spätherbst könnte angesichts der ungünstigeren Saisonalität, neuer Virusmutationen, aber auch aufgrund ins Stocken geratener Impffortschritte oder eines nachlassenden Impfschutzes eine weitere Infektionswelle anrollen. Möglich ist indes auch, die Fallzahlen auf dem aktuell niedrigen Niveau zu halten; dann dürfte eine raschere Erholung vor allem bei den DienstleisterInnen einsetzen. Ein drastischeres Insolvenzgeschehen als hier unterstellt würde die Erholung vor allem im späteren Verlauf bremsen, weil dann geringere Kapazitäten zur Verfügung stehen und indirekte Einkommenseffekte die Konsumausgaben dämpfen. Die derzeitige Knappheit bei wichtigen Vorleistungsgütern kann länger anhalten; dies würde vor allem die Industrie bremsen, aber zunehmend auch in höheren Verbraucherpreisen münden – und damit die realen Konsumausgaben belasten. Dagegen kann der Konsum einen deutlich stärkeren Schub bekommen, wenn die während der Krise angehäuften Ersparnisse zu einem weitaus größeren Teil ausgegeben werden.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

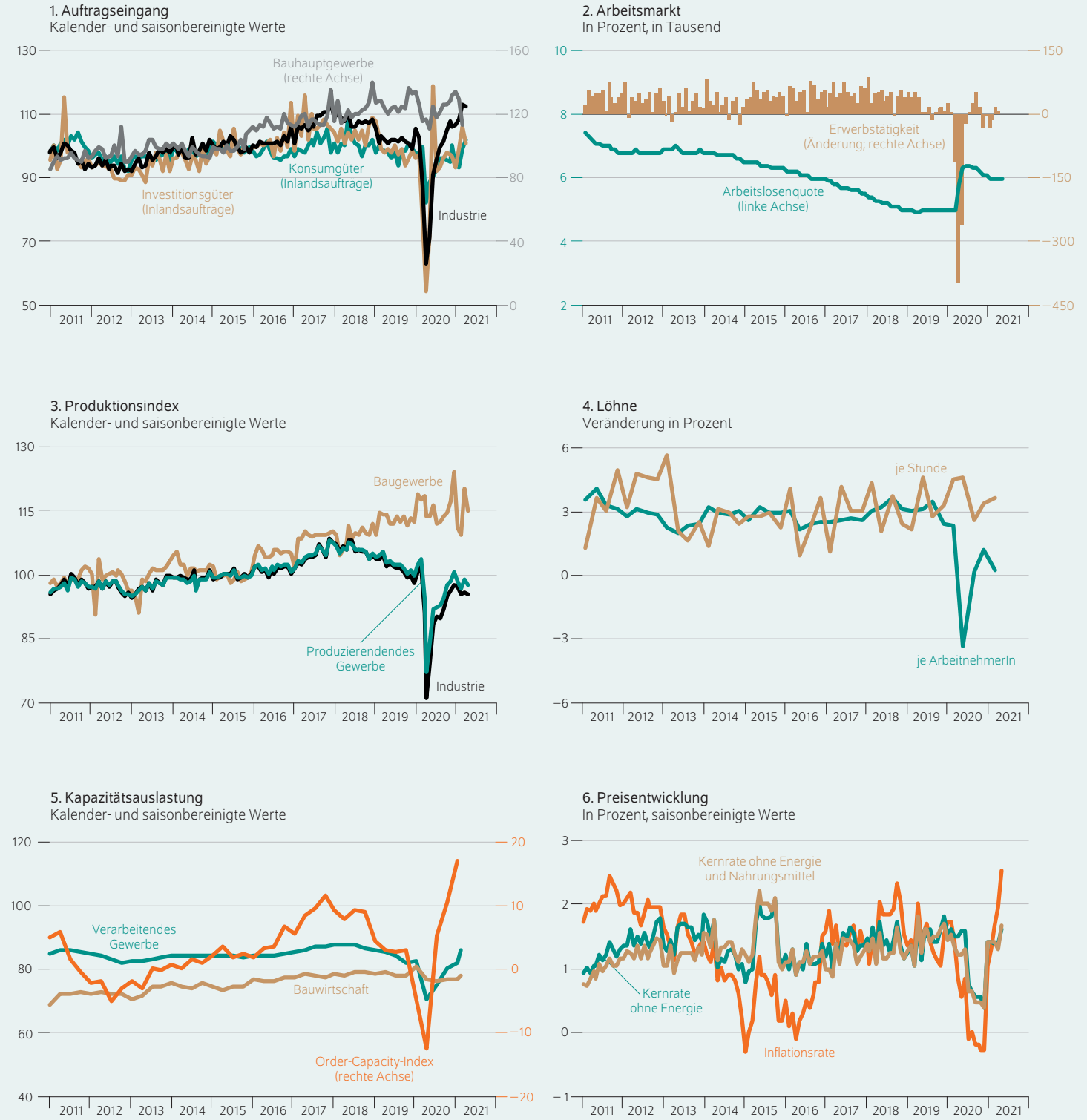
This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly



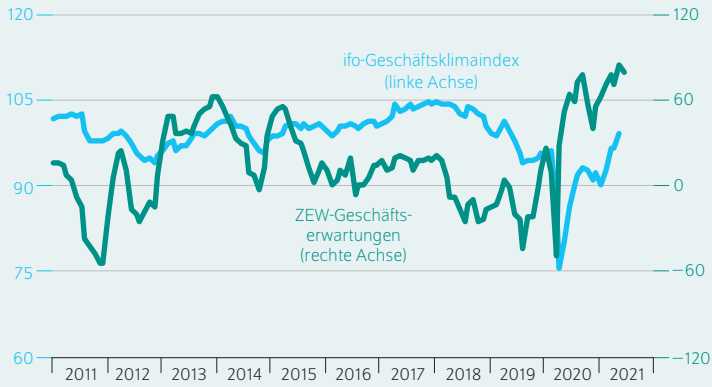
Abbildung 7

Konjunkturindikatoren für Deutschland

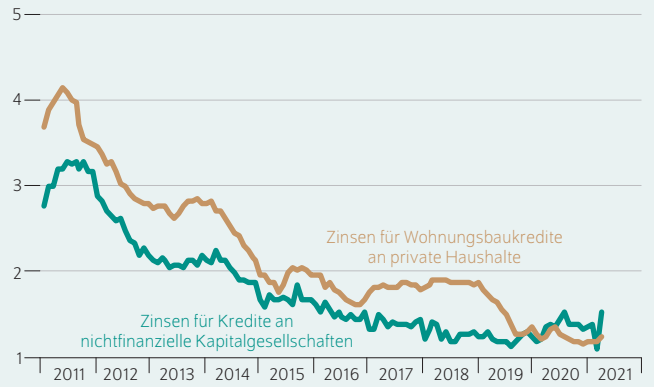


Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

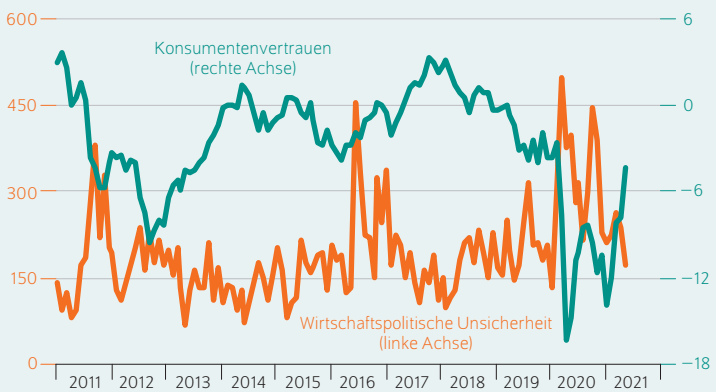
7. Unternehmensstimmung
Kalender- und saisonbereinigte Werte



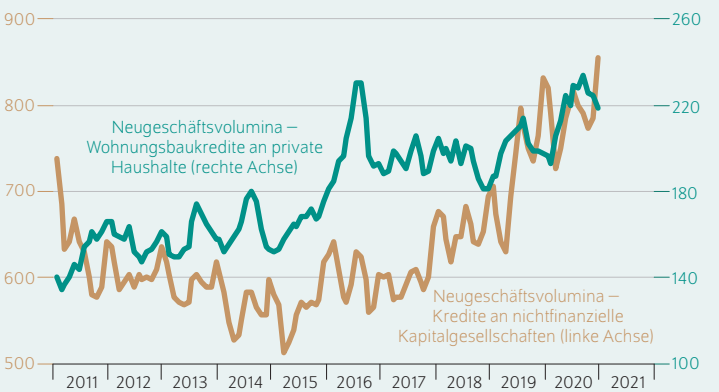
8. Zinsen
In Prozent



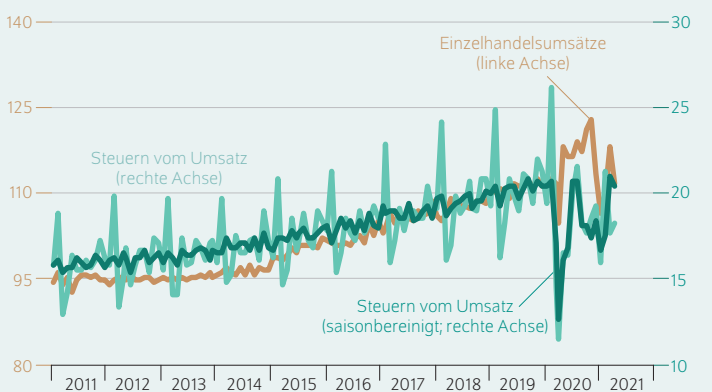
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit
Saldo positiver/negativer Antworten, Newsindex



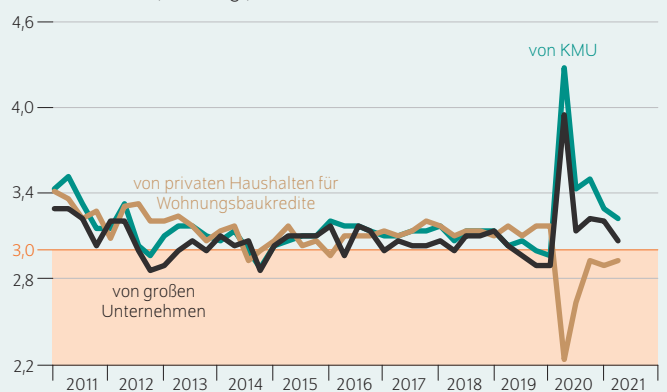
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina
Hundert Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze
Index 2010 = 100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten
3 = konstant; > 3 steigt; < 3 sinkt



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 17. Juni 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter